Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1258

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Humor", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.95 M., zuzüglich 45 Pf. Bringerlohn. Postbezug 1.95 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 54 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12701. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Kompareille-zeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 250 Pf. für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefnieder. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 124 | Dresden, Freitag, den 30. Mai 1930 | 41. Jahrgang

Der Brei lief auseinander

Die Sammlung der Mittelparteien gescheitert

In letzter Zeit haben unter der Führung des volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Scholz zwischen den Mittelparteien wiederholt Verhandlungen über eine Neugruppierung der bürgerlichen Mitte oder eine Verschmelzung der Mittelparteien stattgefunden. Die Verhandlungen, die anfangs zu einer Verständigung zu führen schienen, sind seit Mittwoch als gescheitert zu betrachten.

Von unterrichteter Seite wird uns dazu mitgeteilt:

In den letzten Monaten hat sich die Deutsche Volkspartei zunächst immer und immer wieder um die Gunst des „Jungdeutschen Ordens" bemüht. In Anbetracht der kritischen finanziellen Lage dieser Organisation rechnete man im Lager der Volkspartei bestimmt mit einer Verständigung. Ja man sah sich sogar schon im Besitz der fast ausschließlich auf freiwillige Mitarbeit gestützten Organisation des „Jungdos". Inzwischen erfolgte unter Führung des „Jungdeutschen Ordens" die Gründung der „Volksnationalen Vereinigung". Diese Bewegung soll insbesondere auf dem Lande einigen Zuspruch gefunden haben, so daß sich die Kassenlage des „Jungdos" besserte. Von seinem Ruf nach Sammlung des Bürgertums wurde es plötzlich still. Und je besser sich seine Finanzlage gestaltete, desto stärker wurden zugleich seine Bestrebungen zur Aufrechterhaltung seiner bisherigen Selbständigkeit. Scholz hat dennoch immer wieder versucht, die Führer des „Jungdos" an den Verhandlungstisch zu bringen. Maßgebend hierfür war die Sorge um die Zukunft der Volkspartei, die, ähnlich wie die Demokraten, ständig an Mitgliedern verliert. Nicht einmal, dreimal wurden zwischen Scholz und den maßgebenden Persönlichkeiten des „Jungdos" Besprechungen vereinbart. So oft es soweit war, sagten Mahraun und Bornemann vom „Jungdo" ab. Einmal, weil ihnen das Verhandlungslokal, der Reichstag, nicht zusagte, das andere Mal wegen dringender dienstlicher Geschäfte. Man einigte sich schließlich dahin, die entscheidende Besprechung in dem Berliner Klublokal der Deutschen Volkspartei abzuhalten. Auch diese Besprechung kam nicht zustande, weil die „Volksnationale Vereinigung" sich inzwischen zu eigenen Kandidaten-listen in Sachsen entschlossen hatte. Scholz bemühte sich daraufhin nicht weiter um Verhandlungen mit dem „Jungdo", der seinerseits ebenfalls auf jede Initiative verzichtete.

Die Volkspartei stürzte sich dann auf die Wirtschaftspartei und die Demokraten. Außerdem beabsichtigte man, die Volkskonservativen in den großen Block einzubeziehen. Scholz verhandelte mit dem Wirtschaftsparteiler Drewitz, dem Demokraten Koch und den Volkskonservativen Treviranus und Lindeiner, Wildau, zunächst einzeln, dann in gemeinsamen Sitzungen über die Bildung einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft, der später die Verschmelzung der einzelnen Parteigruppen folgen sollte. Koch von den Demokraten verhielt sich ziemlich reserviert, während die Volkskonservativen anfänglich Neigung zeigten, mit von der Partie zu sein. Der Wirtschaftsparteiler Drewitz verhielt sich im Verlauf der ersten Besprechung ebenfalls ablehnend, da seine Partei „die Partei der Zukunft" sei und einen Anschluß an eine andere Parteigruppe oder gar eine Verschmelzung mit anderen Organisationen nicht notwendig habe. Diese Selbstbeweihräucherung hat Drewitz später aufgegeben, indem er sich für die von Scholz vorgeschlagene parlamentarische Arbeitsgemeinschaft erklärte. Dagegen zeigten die anderen Partner von Verhandlung zu Verhandlung weniger Neigung zu dem großen Geschäft, bis am Mittwoch die Dinge platzten und Scholz sich um eine Hoffnung ärmer erklärte. Er bezeichnete die Verhandlungen als gescheitert und fügte hinzu, daß er die Dinge nunmehr nicht länger geheimhalten und der Oeffentlichkeit unterbreiten werde.

Es ist nicht das erstemal, daß die Parteien der bürgerlichen Mitte angesichts der starken Bewegung im Lager der bürgerlichen Parteien den ernsthaften Versuch zu einer Annäherung mit dem Ziel einer späteren Verschmelzung machen. Einmal zieht sich dieser, das andere Mal jener bürgerliche Politiker zur Sammlung des Bürgertums berufen. Alle Versuche sind bisher gescheitert, und es kann insbesondere nach dem Verlauf der letzten Verhandlungen keinem Zweifel unterliegen, daß es kaum jemals möglich sein wird, die bürgerlichen Mittelparteien zu einem großen Block zusammenzuschließen. Die Gegensätze persönlicher und sachlicher Art innerhalb der bürgerlichen Mitte sind viel zu groß, als daß sie über kurz oder lang durch Verhandlungen aus der Welt geschafft werden könnten und es nur noch eines Signals der Führer zum Einsturzen der Anhängerschaft bedürfte, um den großen Block aus der Taufe zu heben.

[illegible]

Vor der Katastrophe

Die Defizitpolitik des Brüning-Kabinetts

D. Das Reichskabinett wird am Montag zugleich mit den Deckungsvorlagen auch das Ausgabensenkungsgesetz verabschieden. Man darf annehmen, daß die Regierung selbst nicht daran glaubt, mit den vorliegenden Deckungsvorlagen den Etat in Ordnung bringen zu können. Sie schafft sich deshalb mit dem Ausgabensenkungsgesetz eine Reserve, auf die sie aber erst im Herbst dieses Jahres zurückgreifen will.

Die Reichsregierung hat diese Taktik sicherlich gewählt, um parlamentarischen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen. Mit derartigen Schwierigkeiten aber muß sie rechnen; denn das Ausgabensenkungsgesetz enthält Maßnahmen, die u. a. auf den erbittertsten Widerstand der Sozialdemokratie stoßen werden. Dahin gehören die geplanten Reformen auf dem Gebiete des Versorgungswesens. Hier handelt es sich nicht nur um Nationalisierung und technische Vereinfachung in der Verwaltung, sondern auch um eine Verschlechterung der Leistungen. Dazu kommt die geplante allgemeine Senkung der Personalkosten. Dahinter verbirgt sich u. a. eine Senkung der Beamtengehälter und eine Verkürzung der Urlaubszeit.

Die Reichsregierung scheint sich mit dem Gedanken zu tragen, dem von dem Unternehmertum geforderten Lohnabbau gewissermaßen die amtliche Sanktion zu geben. Daß sie hier mit Feuer spielt, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Die breiten Massen werden in den nächsten Monaten die Wirkungen der Zollpolitik des Kabinetts Brüning-Schiele in einer verteuerten Lebenshaltung zu spüren bekommen. Weiter wird sich die vorgenommene und noch in Aussicht stehende Erhöhung der Massensteuern auswirken. Wenn dazu ein Abbau des Nominaleinkommens bei den Beamten usw. tritt, dann muß zweifellos eine Katastrophe der Kaufkraft eintreten. Anstatt zu einer Belebung der Wirtschaft zu kommen, werden wir in eine Dauerkrise mit ihren verhängnisvollen Folgen schlittern.

*

Das Streichquintett spielt antisozial

Im Lager der Regierungsparteien trägt man sich mit dem Gedanken, im Zusammenhang mit dem angekündigten Ausgabensenkungsgesetz das berüchtigte Streichquintett wieder spielen zu lassen. Das Quintett soll während der am Mittwoch begonnenen Parlamentspause arbeiten und das Ergebnis seiner Tätigkeit nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags vorlegen. Vor allem soll sich der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer viel von einer Ausgabendrosselung versprechen. Der Hauptteil der beabsichtigten Streichungen dürfte zu Lasten des Sozialetats erfolgen.

*

Alarm gegen den Anschlag

Beamte und Arbeiter gemeinsam

Der erweiterte Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat am Mittwoch zu den beamtenpolitischen Plänen des Reichsfinanzministeriums Stellung genommen. Er bezeichnet die Absicht, durch das Ausgabensenkungsgesetz einen völligen Abbau der örtlichen Sonderzuschläge, eine weitere Kürzung des Urlaubs, eine Kürzung der Pensionen und Wartegelder, eine Erhöhung der Altersgrenze vorzunehmen sowie die Entlassung weiblicher Beamter bei ihrer Verheiratung, die Nichtanrechnung der Wartestandszeit auf das Pensionsdienstalter vorzunehmen und ein allgemeines Besoldungssperrgesetz für Länder-, Gemeinde- und Körperschaftsbeamte zu erlassen, als

einen Anschlag gegen die Beamtenschaft, wie er dem deutschen Beamtentum bisher noch nicht geboten wurde.

Der Vorstand stellt fest, daß diese Angriffe auf die Rechte der Beamtenschaft nur ein Teil des gesamten reaktionären Kurses sind, der von den gewerkschaftlichen Gegnern der Arbeitnehmerschaft in Deutschland heute eingeschlagen wird. Wie die Notlage auf dem Arbeitsmarkt, das Elend von Millionen arbeitslosen Volksgenossen dazu ausgenutzt werden soll, durch Lohnsenkungen und Abbau in der Sozialpolitik die Position der Arbeiterschaft zu verschlechtern und zu schwächen, so wird auf der andern Seite die durch verkehrte Finanz- und Wirtschaftspolitik hervorgerufene Notlage der öffentlichen Finanzen zum Vorwand genommen für einen weitgehenden Abbau wirtschaftlicher und sozialer Einrichtungen des Beamtentums. Angesichts dieses Generalsturms sozialer und gewerkschaftlicher Reaktion bekennt sich der Bundesvorstand des ADB. aufs neue mit Nachdruck zu dem von ihm seit jeher vertretenen Grundsatz

unbedingter ideeller und materieller Interessenverbundenheit und Solidarität zwischen Hand- und Kopfarbeitern, zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten.

Ultimatum an Frick

Schluß mit der Nazipolizei — sonst Sperre der Reichsgelder!

Amtlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern, Dr. Wirth, beschäftigte sich die Konferenz der Innenminister, auf der sämtliche Länder vertreten waren, am Mittwoch mit den Grundsätzen für die Gewährung von Reichszuschüssen für polizeiliche Zwecke an die Länder. Der Reichsminister wies auf die grundsätzliche Bedeutung der Frage hin, die von Thüringen durch die Berufung von Nationalsozialisten in leitende Stellen der Thüringer Landespolizei aufgerollt sei; er legte die geschichtliche Entwicklung der erwähnten Grundsätze dar und stellte fest, daß die Einstellung von Nationalsozialisten mit dem unpolitischen Charakter der Schutzpolizei, wie ihn Absatz 1 Ziffer 6 der Grundsätze ausdrücklich und unbedingt fordere, unvereinbar sei. Da nach Absatz 2 Satz 1 der Grundsätze das Reich sich zur Zahlung nur unter der Voraussetzung der unbedingten Innehaltung der erwähnten Grundsätze verpflichtet hat, stellte der Reichsminister des Innern fest, daß die Gewährung von Reichszuschüssen an Thüringen wegfallen müsse, falls das thüringische Staatsministerium auf seiner Absicht beharre, die für leitende Stellen der Thüringer Polizei in Aussicht genommenen Nationalsozialisten zu ernennen.

In der Aussprache wurde von verschiedenen Seiten der revolutionäre Charakter der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei hervorgehoben und entsprechendes Material vorgebracht. Es herrschte einmütige Auffassung, daß den verfassungsfeindlichen Bestrebungen dieser Partei mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegengetreten werden müsse. Abschließend richtete der Reichsminister des Innern an Herrn Staatsminister Baum die eindringliche Forderung, die beabsichtigte Einstellung von Nationalsozialisten in die Thüringer Polizei aufzugeben und erklärte, daß, falls dieses Ersuchen erfolglos bleibe, er sich für verpflichtet halte,

die Zahlung weiterer Reichszuschüsse einzustellen.

Dies um so mehr, als auch der Verlauf der Aussprache seine grundsätzliche Auffassung bestätigt habe. — Staatsminister Baum teilte mit, daß die im Auge stehenden Ernennungen unter der Voraussetzung erfolgt seien, daß der Thüringische Landtag, was er am 24. Juni [illegible] die entsprechenden Planstellen bewilligen werde.

Der Reichsminister des Innern erklärte darauf, daß er sofort ein förmliches Ersuchen an das thüringische Staatsministerium richten werde, seinen Beschluß, soweit Nationalsozialisten in Frage kämen, rückgängig zu machen.

Das förmliche Ersuchen des Reichsinnenministers an die thüringische Regierung wird am Freitag nach Weimar abgehen.

*

Es ist also ein Ultimatum, was Herr Reichsminister Dr. Wirth an Thüringen stellt. Entweder Zurücknahme der Ernennung von Nazis zu Polizeidirektoren oder Sperrung der Reichszuschüsse. Herr Wirth wurde endlich zu dieser Konsequenz getrieben, die sein Vorgänger Severing freilich schon längst gezogen hatte. Hätte Wirth die von Severing gesperrten Reichsgelder nicht wieder gezahlt, so wäre die Ernennung der Nazis nicht möglich gewesen. Severing wußte, daß er sich gegen die Gesamtpolitik des Nazi auf dem Ministersitz zu richten habe. Denn darum geht es. Die Länderkonferenz hat anscheinend die Hauptfrage nicht erörtert, daß nämlich ein Nationalsozialist, Putschist und Hochverräter, der nachweislich sein Amt zu verfassungswidrigen Handlungen mißbraucht, Minister des Innern und damit Chef der thüringischen Polizei ist! Herr Frick ernennt ja nur seine Parteigenossen zu Ausführungsorganen, die er leitet und überwacht. Das Reich muß also zusehen, wie ein republikfeindlicher Putschist das ganze Machtinstrument eines Landes zum Sturze der Verfassung aufzieht und drillt. Jetzt muß die ganze Frage aufgerollt werden. Der Herr Frick zwingt dazu.

Das ganze Frickische Regiment überschreitet systematisch die Grenzen der Reichsgesetze wie der Reichsverfassung. Herr Frick wiederholt in Thüringen, was er in Bayern gelernt hat. Unter dem Vorwand der Auslegungsstreitigkeit oder irgendeinem anderen lächerlichen Vorwand wird der gewollte

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19300530/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG